



Stromsparen im Betrieb wird zum Muss

Der Gesetzgeber verpflichtet Tausende Unternehmen dazu, ihren Energieverbrauch zu erfassen. Und setzt sie dabei mächtig unter Zeitdruck.

hpa. FRANKFURT, 23. Februar. Energie sparen schönt den Geldbeutel – die Bürger wissen das schon längst. In vielen Betrieben scheint sich diese Erkenntnis aber noch nicht durchgesetzt zu haben. Deshalb greift der Gesetzgeber nun ein, auch weil das von der EU gesetzte Ziel einer um 20 Prozent verbesserten Energieeffizienz bis zum Jahr 2020 bislang verfehlt wird. Mit einiger Verspätung hat der Bundestag vor kurzem ein Gesetz beschlossen, das alle Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern und mehr als 50 Millionen Euro Jahresumsatz dazu verpflichtet, eine Bestandsaufnahme ihres Energieverbrauchs (Strom und Wärme) zu machen.

Allzu viel Zeit haben die Betriebe für dieses sogenannte Energieaudit nicht, bis 5. Dezember dieses Jahres muss es erstellt sein. Und dieser enge Zeitplan, so befürchten Fachleute, wird so manchen Betrieb unter großen Druck setzen. Mehr als 50 000 Unternehmen werden hierzu lande betroffen sein, lauten die Schätzungen. Es könnten aber auch mehr werden, da zum Beispiel auch Betriebe dazu gehören, die wiederum Teil einer größeren Gruppe sind. Zwar betreten längst nicht alle von ihnen Neuland mit dem Energieaudit. Gerade die großen Konzerne haben zum Teil schon weitergehende Energiemanagementsysteme eingeführt, mit denen der Verbrauch nicht nur erfasst wird, sondern auch Maßnahmen zum Energieeinsparen formuliert werden. „Trotzdem kommt das Audit jetzt für viele Unternehmen überraschend“, sagt Andreas Kühnke, Energiefachmann im Elektroindustrieverband ZVEI. Manche hätten sich bislang nicht klargemacht, dass sie kein „kleines und mittleres Unternehmen“ nach Definition der EU mehr sind und daher von dem Gesetz erfasst werden. Anderen sei vielleicht nicht bewusst, dass das Audit für alle Standorte des Betriebs gemacht werden müsse.

Umso schneller werden zigtausend Unternehmen nun mit ihren Hausaufgaben beginnen müssen. Denn wer sich nicht spüdet, dem drohen Strafzahlungen bis zu 50 000 Euro. Aber der Teufel steckt wie so oft im Detail. Den Energieverbrauch in der Produktion und Verwaltung richtig zu

erfassen ist schwieriger als im Eigenheim – salopp gesagt, weil die Zähler selten an der richtigen Stelle im Unternehmen stehen, erläutert Naomi Denz, Abteilungsleiterin Technik und Umwelt im Maschinenbauverband VDMA. Dies zu ändern und zu dokumentieren könne einige Monate in Anspruch nehmen.

Danach stellt sich die Frage, wer darf diese Bestandsaufnahme eigentlich zertifizieren? Energieberatern und Prüfeinrichtungen wie dem TÜV winkt nun eine Fülle von Aufträgen, aber Beobachter warnen, dass ihre Zahl nicht ausreicht. Allerdings erlaubt das Gesetz auch, dass die Unternehmen sich das Audit selbst bestätigen, wenn sie entsprechend ausgebildete Fachleute in den eigenen Reihen haben

und diese ihre Weisungen nicht gerade von dem Werksleiter erhalten, dessen Produktionsstätte sie abnehmen. Aber auch solche Leute sind eher rar. Und Mitarbeiter neu dafür zu schulen dauert seine Zeit – bis Dezember wird es eng. „Wir wollen die Unternehmen deshalb zu Solidarität auffordern“, sagt Energiefachmann Hermann Hühwels vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK). Nach dem Motto: Einer helfe dem anderen in der Region. In die gleiche Richtung zielt auch der jüngst gestartete Aufbau von geplanten rund 500 Energieeffizienz-Netzwerken, die von den großen Industrieverbänden getragen werden. Auch sie sollen zur Anlaufstelle in einer Region für solche Audits werden. Die Zeit sei zwar

knapp bemessen, sagt Hühwels. „Aber wer sich jetzt in Gang setzt, kann es schaffen.“

Dies gilt auch, weil die Regierung – die eine entsprechende EU-Verordnung schon längst hätte umsetzen müssen – den Unternehmen ein gutes Stück entgegengekommen ist. So verlängert sich die Frist um ein Jahr bis Dezember 2016, falls die Betriebe gleich das umfangreichere Energiemanagementsystem in Angriff nehmen. Auch können Filialbetriebe, deren Standorte sehr ähnlich sind, ein sogenanntes Cluster-Verfahren durchführen. Dann reicht ein Audit für mehrere Betriebsteile. Und zu guter Letzt hat der Bundestag seiner ausführenden Behörde Bafa, die das Ganze überwachen soll, etwas Milde ins Stammbuch geschrieben. Die Bafa solle den Zeitnöten und möglichen Beraterengpässen in der ersten Runde der Stichproben Rechnung tragen, heißt es. Das bedeutet, in den ersten vier Jahren sollen nur rund 20 Prozent der betroffenen Unternehmen angeschrieben und überprüft werden.

Um die Kosten für das Energieaudit werden die Betriebe aber nicht herumkommen. Wobei die Schätzungen darüber weit auseinandergehen. Im DIHK geht man davon aus, dass – je nach Betriebsgröße – das Audit die Unternehmen von einigen tausend bis zu mehreren zehntausend Euro kosten wird. Die VDMA-Fachfrau Denz berichtet gar von Erfahrungswerten von 100 000 bis 200 000 Euro für die Erfassung des Energieverbrauchs in größeren Unternehmen. Allerdings können diese Kosten ja gerade dadurch, dass mit dem Audit Einsparpotentiale aufgedeckt werden, wieder wettgemacht werden, argumentiert ZVEI-Fachmann Kühnke. „Die Unternehmen haben ein ureigenes Interesse daran, solche Optimierungspotentiale auch umzusetzen“, sagt er.

Von daher bewerten die großen Industrieverbände das Energieaudit auch positiv. In der Praxis sorgt es dennoch für Kopfzerbrechen, selbst in Unternehmen, die Energieeffizienz ganz groß auf ihre Fahnen schreiben. Beim schwäbischen Ventilatorenhersteller EBM Papst zum Beispiel befürchtet man, dass es in vier Jahren, wenn das Audit aufgefrischt werden muss, wieder einen Engpass an Zertifizierern geben wird. Zudem gebe es nun das Umweltaudit, das Energieaudit und demnächst vielleicht auch noch ein Ressourcenaudit, beklagt ein Unternehmenssprecher. „Das hätte man auch alles in eine Prüfung zusammenpacken können.“